

Landeskommission Berlin gegen Gewalt



Häusliche Gewalt

Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene

Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen

Eine Untersuchung im Auftrag der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

durchgeführt von

**Dipl. Soz.
Anne Röhrig**



Impressum

Herausgeber:

**Landeskommission
Berlin gegen Gewalt**

c/o Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Sport

Beuthstr.6-8, 10117
Berlin-Mitte

Telefon: (030) 9026 -
5253 Telefax:(030)
9026 - 5003

E-Mail:
Manuela.Bohlemann
@
SenBJS.Verwalt.
Berlin.de

Internet:
www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Dr. Dagmar Ohl,
Stephan Voß

Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge
geben nicht in jedem
Fall die Meinung der
Redaktion oder des
Herausgebers wieder.

Nachdrucke sind nur
mit Quellenangabe
gestattet und bedürfen
der Zustimmung der
Autorin oder des Au-
tors.

V.i.S.d.P.:
Stephan Voß

Juli 2003

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 3 |
| 1. Einleitung | 4 |
| 2. Die Untersuchung: Häusliche Gewalt – präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene | 6 |
| 2.1 Aktions- und Aktivitätsspektrum in den 12 Berliner Bezirken | 8 |
| 2.2 Kooperation: wichtig und hilfreich | 11 |
| 2.3 Häusliche Gewalt: Informationsstand und Informationsbedarf aus Sicht der Bezirke | 14 |
| 2.4 Prävention häuslicher Gewalt auf bezirklicher Ebene: Ein Blick in die Zukunft: Unterstüt- zungswünsche und Handlungsbedarf | 16 |
| 2.5 Erwartungen der Bezirke an andere Akteure: die Landeskommission Berlin gegen Gewalt und BIG | 18 |
| 3. Resümee und Ausblick | 21 |
| Anhang | 23 |

Thomas Härtel


Vorwort

Mit der vorliegenden Publikation setzt die Landeskommission ihre Aktivitäten im Bereich häusliche Gewalt – diesmal mit dem Schwerpunkt der Arbeit in den Bezirken – fort. Insbesondere durch das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (BIG) wurden in den Jahren von 1995 bis 2001 auf Landesebene umfassend Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Verbesserung der Situation misshandelter Frauen und ihrer Kinder geschaffen. Für die gewaltpräventive Arbeit in den Bezirken ergibt sich hingegen kein einheitliches Bild. Während beispielsweise die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bereits über jahrelange Erfahrungen im Hinblick auf Aktivitäten und Maßnahmen zum Abbau und zur Verhinderung häuslicher Gewalt verfügen, die allerdings noch viel zu wenig über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt sind, haben andere, wie beispielsweise die gewaltpräventiven Gremien der Bezirke (Sicherheitsbeiräte bzw. Präventionsräte), vor nicht allzu langer Zeit begonnen, Initiativen zu entwickeln und Strukturveränderungen anzustreben. Das Staatssekretärsgremium der Landeskommission hat im Jahr 2000 beschlossen, die Ergebnisse des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt (BIG) in die bezirklichen Sicherheitsbeiräte bzw. Präventionsräte zu transferieren. Neben einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen zum Thema hat im Juli 2001 ein erster Erfahrungsaustausch mit den bezirklichen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten und den Vertreterinnen und Vertretern der bezirklichen Präventions- und Sicherheitsbeiräte stattgefunden. Dabei ging es vor allem darum, über die vorhandenen bezirklichen Angebote und Aktivitäten zu informieren, Maßnahmen, die Erfolg hatten, zu benennen und gemeinsame Vorstellungen über die zukünftige Arbeit zu entwickeln. An diese Veranstaltung knüpft die Landeskommission Berlin gegen Gewalt nun mit einer alle Bezirke umfassenden Befragung über den Stand der geplanten Strukturveränderungen, Maßnahmen, Projekte, Aktivitäten und Initiativen zur Verhinderung und zum Abbau häuslicher Gewalt in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Bezirke an.

Ich verbinde mit der Recherche nicht nur das Ziel, einen möglichst umfassenden Überblick im Hinblick auf die in den unterschiedlichen Berliner Bezirken durchgeführten und geplanten Maßnahmen im Bereich Prävention häuslicher Gewalt zu dokumentieren und über das bislang Erreichte zu informieren, sondern auch die Hoffnung, potenzielle Akteurinnen und Akteure zur Nachahmung und Weiterentwicklung anzuregen. Darum möchte ich alle in dem Arbeitsfeld beruflich Tätigen sowie Interessierte und Engagierte ausdrücklich bitten und sie dazu ermutigen. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt wird auch weiterhin die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten nutzen, um das im Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung von Häuslicher Gewalt (2002 - 2006) formulierte Ziel, die „Implementierung Häuslicher Gewalt als Thema kommunaler Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ zu verwirklichen.

Abschließend sei allen ganz herzlich gedankt, die sich die Mühe gemacht haben, sich an der umfangreichen Erhebung zu beteiligen und vielfältiges Dokumentationsmaterial zur Verfügung zu stellen. Durch ihre Unterstützung und Mitarbeit ist die vorliegende Auswertung und Dokumentation erst möglich geworden.

Berlin, Juli 2003



Thomas Härtel

Thomas Härtel ist Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport und Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt.

1. Einleitung

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt befasst sich als zentrales Präventionsgremium des Landes Berlin mit einem breit gefächerten Themenspektrum der Gewaltprävention, u.a. auch mit dem Abbau und der Verhinderung häuslicher Gewalt. Eine ihrer zentralen Aufgaben ist die Etablierung, Unterstützung und Vernetzung der kommunalen Prävention in den Berliner Bezirken. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen und der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt (BiG) verfolgt sie seit längerem das Ziel, die Arbeiten im Bereich häuslicher Gewalt auf der Landes-, Bezirks- und Kiezebene besser miteinander zu verzahnen.

Vor diesem Hintergrund ist die schriftliche Befragung über bezirkliche Aktivitäten zu häuslicher Gewalt entstanden. Mit der Konzentration des Kreises der Adressatinnen und Adressaten auf die Frauen - und Gleichstellungsbeauftragte, die Abteilungen Jugend und Familie sowie die gewaltpräventiven Gremien in den Bezirken haben wir zweierlei beabsichtigt: zum einen sollte das bereits existierende facettenreiche Angebot bezirksübergreifend bekannt gemacht werden, zum anderen wollten wir bei jenen, von denen wir vermuten konnten, dass sie bislang wenig Aktivitäten entwickelt hatten, eine Art Initialwirkung erzielen. Wir verstehen die vorliegende Befragung als einen ersten vorläufigen Überblick, der im Laufe der nächsten Jahre noch hoffentlich durch weitere Aktivitäten auch aus den Handlungsfeldern Schule, Soziales und Gesundheit ergänzt und fortgeschrieben werden kann.

Die Ergebnisse sind erfreulich, interessant und können dennoch nicht zufrieden stellen. Viele Aktivitäten und Initiativen, von denen wir wissen, sind nur unzureichend wiedergegeben. Das liegt zum einen an den begrenzten Möglichkeiten des Untersuchungsinstrumentes eines Fragebogens und zum anderen an den knappen finanziellen Ressourcen, die es nicht zuließen, die Erhebung durch die Anwendung qualitativer Methoden zu vertiefen. Verschiedene Stellungnahmen aus den unterschiedlichen Abteilungen der Bezirke lassen ein deutlich wachsendes Interesse an der Problematik erkennen, auch wenn bislang von einer Reihe der Befragten noch keine Maßnahmen oder Projekte entwickelt wurden. Neben der Tätigkeit der Frauen - und Gleichstellungsbeauftragten, deren Projekte quasi die Grundlagen bezirklichen Handelns in Bezug auf häusliche Gewalt geschaffen haben und darstellen, sind insbesondere die Initiativen der gewaltpräventiven Gremien in Mitte, Tempelhof - Schöneberg und Reinickendorf hervorzuheben. Ebenso erwähnenswert sind die Aktivitäten der Bezirke Neukölln und Reinickendorf für den Bereich der Jugend - und Familienarbeit. Neue Wege der Zusammenarbeit schlagen die Bezirke Marzahn-Hellersdorf und Tempelhof - Schöneberg ein. Ein weiteres Beispiel für eine sich verändernde soziale Praxis im Umgang mit häuslicher Gewalt sind die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlungen in Mitte, Marzahn - Hellersdorf und Pankow, im Handlungsbereich häusliche Gewalt aktiv zu werden.

Die mit Stand vom Juli 2003 im Internet veröffentlichte Studie beinhaltet im Anhang eine tabellarische Übersicht der in den einzelnen Bezirken durchgeführten und geplanten Aktivitäten. Eine Dokumentation der von den Befragten als Ansichtsexemplare eingereichten Materialien wird zurzeit erstellt. Wir werden die umfangreiche Materialsammlung auch über den Untersuchungszeitraum hinaus fortlaufend um Projekte, neue Initiativen und Aktivitäten ergänzen und bitten die an der Untersuchung bereits Beteiligten wie auch andere informierte Leser/innen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt neue Projekte bekannt zu geben, um diese Handreichung aktualisieren und fortschreiben zu können, damit sich durch einen regen Austausch der unterschiedlichen Erfahrungen bei der Umsetzung erfolgreicher Projekte die Synergieeffekte im Bereich häuslicher Gewalt entfalten und weiterentwickeln können.

Um eine hohe Qualität der eingereichten Materialien wiedergeben zu können, benötigen wir das Original des jeweiligen Dokuments und möchten Sie bitten, uns dieses in einer der unten aufgeführten Varianten zukommen zu lassen als:

- Quell - Datei per E - Mail
- Online - Datei
- Word - Datei per Diskette (wenn möglich PDF - Format)
- CD - Rom
- Angabe, woher wir die Originalvorlagen (bspw. bei Plakaten oder Zeitungsartikeln) beziehen können

und das Dokument als Beleg- oder Ansichtsexemplar an folgende Adresse zu schicken:

Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Dr. Dagmar Ohl
c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
Beuthstr. 6 - 8
10117 Berlin

Tel.: 9026-5257
Fax.: 9026-5003
E - mail: Dagmar.Ohl@SenBJS.Verwalt-Berlin.de
Internet : www.berlin-gegen-gewalt.de

2. Die Untersuchung: Häusliche Gewalt – präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene

Zur Erfassung der unterschiedlichen Aktionen und Maßnahmen, die auf bezirklicher Ebene zum Thema Prävention häuslicher Gewalt durchgeführt worden sind, wurde eine schriftliche Befragung in den Berliner Bezirken durchgeführt. Der Fragebogen umfasste sowohl standardisierte geschlossene Fragen als auch offene Fragen, die es erlauben sollten, die bezirklichen Spezifika und Anforderungen abzubilden.

Es handelt sich um eine Erhebung in allen 12 Berliner Bezirken. Die Fragebögen wurden in den Bezirken den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zugesandt, da sie qua Arbeitsauftrag *die* bezirkliche Instanz darstellen, die am weitestgehend mit dem Thema befasst ist. Aus diesem Bereich haben alle der Angeschriebenen den Fragebogen zurückgesandt, sodass eine Komplett-erhebung für Berlin vorliegt. Darüber hinaus wurden auch die Jugendstadträte mit einem Fragebogen angeschrieben; für den Bereich Jugend konnten aus sechs Bezirken (Charlottenburg - Wilmersdorf, Lichtenberg, Neukölln, Reinickendorf, Spandau, Tempelhof - Schöneberg) zusätzliche Angaben erhoben werden.

Es wurde auch versucht, die Präventionsräte sowie das Quartiersmanagement der Berliner Bezirke in die Befragung mit einzubeziehen. In diesen Bereichen war der Rücklauf in Form beantworteter Fragebögen eher gering; deutlich wurde, dass in diesen Arbeitsfeldern das Thema häusliche Gewalt vielfach erst zukünftig auf der Tagesordnung stehen wird. Zumindest für die Präventionsräte kann festgehalten werden, dass dort, wo noch keine entsprechenden Aktivitäten durchgeführt worden sind, dies in naher Zukunft geplant ist. Von Seiten des Quartiersmanagement wurde (verhaltenes) Interesse an der Thematik signalisiert; Planungen, diesen Aspekt in die zukünftige Arbeit aufzunehmen und entsprechende eigene Aktivitäten zu entfalten, wurden nicht berichtet. Verwiesen wurde hier eher auf die im Bezirk bereits stattfindenden Aktivitäten. Prävention häuslicher Gewalt als Thematik auch des Quartiersmanagement steht also noch aus. Insgesamt wurden 22 Fragebögen aus den zwölf Berliner Bezirken zurückgesandt.

Mit der Befragung wurde das Anliegen verfolgt, einen möglichst umfassenden Überblick im Hinblick auf die in den unterschiedlichen Berliner Bezirken durchgeführten und geplanten Maßnahmen im Bereich Prävention häuslicher Gewalt zu erhalten. Diese Bestandsaufnahme bezirklichen Handelns soll für die interessierte (Fach-)Öffentlichkeit einen Überblick über bislang Erreichtes und Anregungen für potenzielle Akteurinnen und Akteure liefern.

Insofern wollten wir zunächst von den einzelnen Bezirken erfahren, welche Maßnahmen durchgeführt wurden und diese Aktivitäten - wo möglich - mit Belegexemplaren dokumentieren. Dieses Material findet sich in der nach Bezirken gegliederten Übersicht auf Seite 23 ff im Anhang dieser Veröffentlichung: Es bietet u.E. vielfältige Anregungen für weiteres Engagement und enthält viele zusätzliche Informationen zu den unterschiedlichen bezirklichen Aktionsfeldern. Es wurde kein zeitlicher Rahmen für die zu benennenden Aktivitäten vorgegeben. Damit hatten die Befragten die Möglichkeit, auch schon etwas länger zurückliegende Aktivitäten aufzuführen und zu dokumentieren.

Neben dieser Wissens- und Materialsammlung waren weitere zentrale Fragen darauf gerichtet, wie diese Maßnahmen auf bezirklicher Ebene umgesetzt werden konnten: Wer stellte die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung, wer initiierte Maßnahmen und wer konnte jeweils zur Beteiligung an der Umsetzung motiviert werden.

Neben der Dokumentation des bereits Erreichten verfolgte die Erhebung auch das Ziel, Aufschluss über die geplante Arbeit der Bezirke im Handlungsfeld Prävention häuslicher Gewalt zu erhalten. Auch hier stehen das Anliegen der Information sowie die Möglichkeiten für Synergien, die sich durch diese Informationen ergeben können, im Vordergrund.

In weiteren allgemeineren Fragen wurden Punkte erfasst, die für die Weiterentwicklung der gewaltpräventiven Arbeit in Berlin von Interesse sind. Hier geht es vor allem um Aspekte der Kooperation, des Informationsstandes und Informationsbedarfs sowie um Unterstützungs- und Handlungsbedarf.

Informationen über bezirkliche *Kooperation* können z.B. Anregungen geben, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit im eigenen Handeln noch nicht ausgeschöpft sind, welche Initiativen denkbar sind, um Kooperationen aufzunehmen. Die Wünsche und Anforderungen im Hinblick auf bezirkliche und überbezirkliche Kooperation wiederum bieten Ansatzpunkte, um die Zusammenarbeit zum Thema Prävention häuslicher Gewalt auf- und auszubauen.

Auch die Ermittlung des *Informationsstandes und -bedarfes* zum Themenfeld kann für die Weiterentwicklung der Arbeit in diesem Präventionsbereich genutzt werden: deutlich werden Erfordernisse für weitere Maßnahmen, sei es bezirklicher oder überbezirklicher Art.

Schließlich bestand der Wunsch, *Unterstützungs- und Handlungsbedarf* aus Sicht der bezirklichen Akteur/innen transparent zu machen: auch hier wieder mit dem Blick auf das, was an Aktivitäten in Berlin erforderlich und möglich ist.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Erhebung im Überblick dargestellt. Für detailliertere Informationen zu den einzelnen Bezirken sei auf den Anhang verwiesen, der für jeden Bezirk auch Ansprechpartner/innen aufführt, die für weitere Auskünfte kontaktiert werden können.

2.1 Aktions- und Aktivitätsspektrum in den 12 Berliner Bezirken

Die Aktivitäten der Berliner Bezirke im Themenfeld Prävention häuslicher Gewalt sind in der Tat vielfältig. Wie schon angesprochen, liegt ein – nach Bezirken – vollständiger Überblick der Aktivitäten seitens der bezirklichen Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten vor; für die Hälfte der Bezirke können darüber hinaus zusätzliche Informationen für die Abteilung Jugend und Familie gemacht werden.¹ In einzelnen Fällen konnten auch weitere Handlungsfelder, z.B. die von Präventionsräten oder bezirklichen Aktionsbündnissen, aufgegriffen werden. Während die Übersicht über Aktivitäten der Bezirke im letzten Teil dieser Veröffentlichung zu finden ist, soll es an dieser Stelle um einen allgemeinen Überblick der Aktivitätsvielfalt gehen.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Prävention häuslicher Gewalt findet auf bezirklicher Ebene mittels einer Fülle von Maßnahmen und Aktivitäten statt. Für den Bereich der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten kann konstatiert werden: inzwischen ist es die Ausnahme, dass ein Bezirk „nur“ Material zum Thema, z.B. zur Information gewaltbedrohter oder betroffener Frauen, auslegt. In der Mehrzahl der Bezirke gehen die Aktivitäten wesentlich weiter und umfassen in der Regel drei Bereiche: Informationsmaterial für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, Aktionen und Veranstaltungen, die darauf zielen, die Öffentlichkeit für das Thema „Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich“ zu sensibilisieren, über das Thema zu informieren oder ein Forum für fachlichen Austausch darstellen und als dritten Bereich Maßnahmen, die quasi „nach innen“ gerichtet sind, d.h. Information, Schulungen und Fortbildungen für Mitarbeiter/innen unterschiedlicher bezirklicher Verwaltungsbereiche oder Einrichtungen.

Als Standard kann in Berlin inzwischen die so genannte „Notfallkarte“ gelten, die Anlaufstellen und Beratungsangebote für gewaltbedrohte bzw. betroffene Frauen zusammenstellt und damit für Betroffene eine Zugangsmöglichkeit zu Hilfen darstellt. Darüber hinaus haben Bezirke aber auch umfassendere Ratgeber / Broschüren zusammengestellt, die weitergehender über das Thema häusliche Gewalt informieren, Angebote bekannt machen. Auch diese Materialien sind Hilfe und Unterstützung für Frauen in Not, sie sind aber gleichzeitig auch ein Mittel, um allgemeiner auf dieses gesellschaftliche Problemfeld aufmerksam zu machen und stellen auch für Akteurinnen und Akteure, die nicht zum „Frauenprojekte - Bereich“ gezählt werden können, eine wichtige Informationsquelle und Handreichung dar. Apropos der „Frauenprojekte - Bereich“ und das Thema häusliche Gewalt: So groß ist das Aktivitätsspektrum in Berlin inzwischen (und *noch* das Projektangebot), dass für Mitarbeiter/innen in anderen Arbeitsbereichen (z.B. Jugend und Familie, als Problem aber auch in der Wohnungslosenhilfe bekannt) der Überblick im Hinblick auf Ansprechpartner/innen, Projekte und Beratungsangebote mitunter schwer fällt, sich also mancher Mitarbeiterin und manchem Mitarbeiter die Frage stellt: „Welches Angebot ist denn nun das richtige? Zu welcher Stelle verweise ich am besten?“

Auch Information über und Sensibilisierung für das Thema häusliche Gewalt kann inzwischen als Standard bezirklicher gewaltpräventiver Arbeit eingeordnet werden: Mindestens am internationalen Aktionstag von Terre des Femmes „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25.11. finden in den Bezirken in der Regel Aktionen oder Veranstaltungen statt, die sich zumeist an die

¹Wichtig ist es anzumerken, dass die hier präsentierten Ergebnisse einen umfassenden Überblick hinsichtlich der in Berlin stattfindenden Auseinandersetzung mit dem Thema häusliche Gewalt liefern, dass die getroffenen Angaben und Aussagen aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben und auch nicht erheben können. Um dies zu erreichen, hätten weit mehr Bereiche in der Befragung erfasst werden müssen. Es kann vermutet werden, dass auch in anderen bezirklichen oder überbezirklichen Gremien das Thema Prävention häuslicher Gewalt eine Rolle spielt und weitere Aktivitäten durchgeführt werden, die hier noch gar nicht erfasst werden konnten.

Bezirksöffentlichkeit wenden, um auf das Thema aufmerksam zu machen und über häusliche Gewalt zu informieren. Aber auch bezirkliche Aktionen und Kampagnen unabhängig von diesem Aktionstag werden in einer zunehmenden Anzahl von Bezirken durchgeführt. Neben Kampagnen - hier seien beispielhaft Plakat- oder Postkartenaktionen genannt, aber auch Aktivitäten, die, wie die „SOS - Handy - Kampagne“, zwei Aspekte vereinen – konkrete Hilfe für Frauen und Sensibilisierung für das Thema durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion –, sei hier auf die unterschiedlichen Informationsveranstaltungen oder Infostände hingewiesen. Natürlich verteilen sich die genannten Aktivitäten nicht gleichmäßig auf alle Bezirke, im Überblick kann aber festgehalten werden, dass auch hinsichtlich öffentlichkeitswirksamer Information sich die Mehrheit der Bezirke bemüht, trotz eingeschränkter Ressourcen tätig zu werden.

Während die Bereiche „Angebote für gewaltbetroffene Frauen“ und „Sensibilisierung der Öffentlichkeit“ als Kernarbeitsfelder der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bezeichnet werden können, sind beim nächsten Arbeitsfeld ganz deutlich auch andere bezirkliche Akteure gefordert.

Beim dritten Handlungsfeld geht es um den Bereich der Fortbildung, also unterschiedlichste Maßnahmen, die sich darauf richten, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den verschiedensten Arbeitsfeldern und Verwaltungsbereichen zunächst über das Thema häusliche Gewalt zu informieren, für das Thema zu sensibilisieren und die letztlich auch darauf abzielen, die Mitarbeiter/innen für den Umgang mit diesem Thema in der alltäglichen und praktischen Arbeit zu qualifizieren. Verglichen mit den beiden oben angeführten Aktivitätsfeldern kann für diesen Bereich zusammenfassend festgehalten werden, dass dies wohl ein zukünftig zentrales Handlungsfeld werden wird, zentral insofern, als dass hier zunehmend Maßnahmen und Angebote entwickelt werden (müssen). Betrachtet man die aus den Bezirken aufgelieferten Informationen, dann zeigt sich, dass in der Mehrzahl der Bezirke Fortbildungsaktivitäten zu diesem Bereich bereits aufgenommen worden sind, zumeist aber in zahlenmäßig noch vergleichsweise geringem Umfang realisiert werden konnten. Dass hier seitens der Bezirke ein wesentliches Handlungsfeld gesehen wird, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, dass sich Fortbildung sehr häufig auf der Planungs - Agenda findet. Zumindest kann das für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten so festgestellt werden.

Anders stellt sich die Situation für die Abteilung Jugend und Familie dar. Schon der vergleichsweise geringe Rücklauf aus diesem Bereich deutet an, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema häusliche Gewalt noch nicht als Arbeitsfeld etabliert ist; die Angaben aus denjenigen Bezirken, für die ein Rücklauf aus der Abteilung Jugend und Familie vorliegt, zeigen, dass Diskussion und Maßnahmen zum Thema häusliche Gewalt bislang eher die Ausnahme darstellen. Hier ist im Hinblick auf die Arbeit der Jugendhilfe, der familienunterstützenden Maßnahmen, Hilfen zur Erziehung etc. noch erheblicher Handlungsbedarf zu konstatieren, was zunächst die Auseinandersetzung mit dem Thema und im nächsten Schritt die Qualifizierung der Mitarbeiter/innen betrifft. Vielleicht können positive bezirkliche Beispiele² Anregung für andere Akteure bieten, sich dem Bereich häuslicher Gewalt stärker als bislang in der eigenen Arbeit zuzuwenden. Zusammenfassend kann für die Angaben zu Aktivitäten aus den Abteilungen Jugend und Familie festgehalten werden, dass vor allem die Qualifizierung der Mitarbeiter/innen (z.B. zum neuen Gewaltschutzgesetz und dessen Umsetzung) eine wichtige Aufgabe darstellt.

Zusammenfassend kann im Hinblick auf die bezirklichen Aktivitäten in Berlin festgehalten werden: Ein insgesamt breites Spektrum von Aktivitäten nach außen wurde bislang schon realisiert, die Sensibilisierung und Qualifizierung „nach innen“ – und damit letztlich eine Verbesserung der Hilfen für gewaltbedrohte und -betroffene Frauen, Mädchen und Kinder – stellt ein wichtiges zukünftiges Handlungsfeld dar. Hier besteht sicherlich noch Diskussions-

²Verwiesen sei auf den nach Bezirken gegliederten Teil, hier insbesondere Neukölln und Reinickendorf

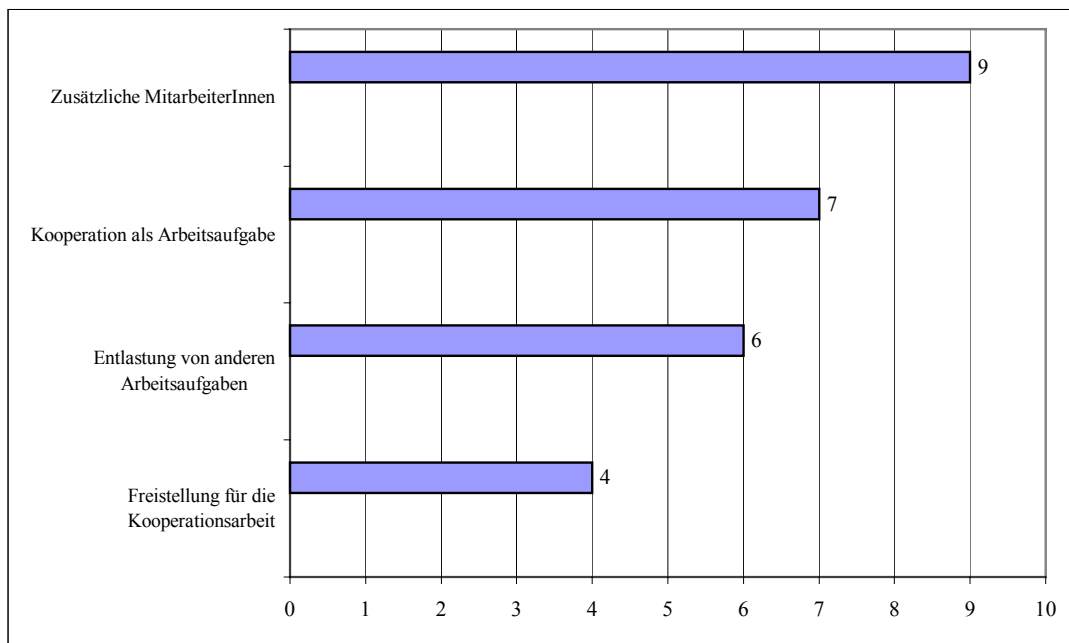
und Handlungsbedarf – „best practice - Beispiele“ können Anregungen vermitteln. Angesichts immer knapper werdender Ressourcen sollte sicherlich auch über mögliche Synergien durch Koordination und Kooperation nachgedacht werden.

2.2 Kooperation: wichtig und hilfreich

Ausnahmslos alle Befragten, ob aus den Abteilungen Jugend und Familie oder von Seiten der Frauenbeauftragten, finden, dass Kooperation mit bezirklichen oder überbezirklichen Akteur/innen bei der Bearbeitung des Themenfeldes Prävention häuslicher Gewalt für die eigene Arbeit hilfreich ist. Einschränkend wird allerdings angeführt, dass Kooperation als Arbeitsfeld nicht zu zeitaufwändig sein darf und es wird darauf hingewiesen, dass die Ressourcen für bezirkliche und überbezirkliche Zusammenarbeit insgesamt begrenzt sind.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass zusätzliche Mitarbeiter/innen im eigenen Arbeitsbereich als wichtige Voraussetzung dafür gesehen werden, sich selbst stärker in Kooperationsverbänden zu engagieren. Auch die Festschreibung von Kooperation bzw. Gremienarbeit als Arbeitsaufgabe könnte aus Sicht der Befragten für sie eine bessere Grundlage für vermehrtes eigenes Engagement darstellen. Die Entlastung von anderen Arbeitsaufgaben, um ein verstärktes Kooperationsengagement zu ermöglichen, könnte als eine Art Synonym für den Bedarf an zusätzlichen Mitarbeiter/innen gewertet werden – oder als Ausdruck dafür, dass es Aufgaben im eigenen Arbeitsfeld gibt, die als weniger prioritär eingestuft werden.

Voraussetzungen für Kooperationsarbeit (N= 19 / Mehrfachnennungen)



Auch andere Aussagen verweisen darauf, dass im Handlungsfeld Prävention häuslicher Gewalt auf Bezirksebene noch bessere Voraussetzungen für die Arbeit geschaffen werden sollten. So wird beispielsweise der Wunsch nach Bezirksbeschlüssen gegen häusliche Gewalt formuliert - ein solcher Beschluss würde das Thema beispielsweise zur Arbeitsaufgabe für mehr als „nur“ den Frauenbereich machen und damit auch andere Akteure zur Kooperation ermuntern bzw. verpflichten. Auch dies könnte ein Ansatz sein, um Kooperationen im Themen- und Arbeitsfeld häuslicher Gewalt und Gewaltprävention selbstverständlichen Bestandteil der Arbeit werden zu lassen, dem der notwendige Raum (und die finanziellen Ressourcen) eingeräumt werden.

Wie stellt sich bezirkliche und überbezirkliche Kooperation nun in der Praxis der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie der Abteilung Jugend dar?

Für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten kann festgehalten werden, dass in der Regel mit den im Bezirk ansässigen Frauenprojekten und Beratungsstellen zusammengearbeitet wird, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Weitere bezirkliche Kooperationszusammenhänge beziehen sich auf die Zusammenarbeit mit der Polizei und auf Präventionsräte / Quartiere. In einzelnen Fällen wurden auch andere Kooperationen erprobt, so beispielsweise mit Wohnungsunternehmen, den Krankenhäusern des Bezirkes oder der Rettungsstelle.

Auffällig ist, dass die Kooperation mit anderen Dienststellen des Bezirksamtes keine bzw. eine geringe Bedeutung zu haben scheint. So stellt es (noch) die Ausnahme dar, dass auf bezirklicher Ebene mit der Abteilung Jugend und Familie zum Thema häuslicher Gewalt kooperiert wird. Insbesondere im Hinblick auf Weiterentwicklungen im Bereich Fortbildung, von dem bekannt ist, dass er als bedeutsamer Bereich auf den Agenden der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten steht, könnte eine verstärkte Zusammenarbeit durchaus weiterführend sein.

Für die Abteilungen Jugend und Familie³ gilt ähnlich wie für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, dass bezirkliche Kooperation insbesondere mit Projekten / freien Trägern des eigenen Arbeitsfeldes stattfindet; doch auch Kontakte zur Polizei werden auf bezirklicher Ebene angeführt. Beispielgebend sei hier verwiesen auf die Durchführung zweimonatlich stattfindender Jour fixe - Runden zwischen Polizei und Jugendhilfe⁴ oder auf die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure (einschließlich der Polizei) in einem Fachteam Kinderschutz⁵. Als überbezirkliche Kooperationspartner werden beispielsweise die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, BIG oder die Kampagne gegen Männergewalt angeführt, wobei die überbezirklichen Zusammenhänge etwas weniger ausgeprägt sind als die auf bezirklicher Ebene.

Auch für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gilt, dass die Kooperation auf bezirklicher Ebene ausgeprägter ist als im überbezirklichen Bereich. Ein Eckpfeiler der regelmäßigen Zusammenarbeit über die Bezirksgrenzen hinweg ist die Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten; auch BIG zählt inzwischen in einigen Bezirken zu den regelmäßigen beziehungsweise sporadischen Kooperationen, aber auch die Kampagne „Gemeinsam gegen Männergewalt“. Andere Angaben, z.B. Zusammenarbeit mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt oder zu anderen Senatsverwaltungen wie Wirtschaft, Frauen und Soziales oder Justiz, sind seltener. Hier ist zu prüfen, inwieweit überbezirkliche Kooperationen durch genannte zentrale Akteure selbst initiiert und zur Unterstützung der Bezirke etabliert werden könnten und sollten.

Neben der Bestandsaufnahme zur Kooperationsarbeit ist auch die Frage interessant, ob diese auch als ausreichend eingeschätzt werden. Weitergehende Kooperationswünsche und -erfordernisse wurden sowohl für die bezirkliche als auch für die überbezirkliche Ebene erfasst.

Im Hinblick auf die *Kooperation innerhalb der Bezirke* zeigen sich sieben der zwölf befragten Bezirke mit dem Stand zufrieden, die restlichen beurteilen sie nur teilweise oder nicht vollständig als ausreichend bzw. machten dazu keine Angaben (2 Bezirke). Natürlich ist hier immer zu berücksichtigen, dass den Handlungsspielräumen zur Etablierung weiterer Arbeitsbeziehungen allerdings durch die zur Verfügung stehenden Kapazitäten Grenzen gesetzt sind. Wichtig ist aber festzuhalten, dass intensivere Kooperationen durchaus gewünscht werden.

Genannt werden hier beispielsweise Fachbereichsvernetzung, Verstärkung der Zusammenarbeit mit professionellen Kräften aus dem Themenfeld häusliche Gewalt, mehr Kooperationen mit der Abteilung Jugend des Bezirkes sowie Zusammenarbeit mit Krankenhäusern des Bezirkes. Auch bezogen auf das Bezirksamt, die BVV sowie Wohnungsbaugesellschaften und Quartiere

³Wie schon angeführt: aus diesem Bereich haben wir Angaben von der Hälfte der Bezirke erhalten, sodass hier kein Überblick für Berlin insgesamt gegeben werden kann.

⁴Durchgeführt in Neukölln

⁵Berichtet aus Tempelhof - Schöneberg

wird Kooperationsbedarf formuliert. Weiterhin werden Bündnisse für eine angemessene und bedarfsgerechte Unterstützung für Kinder aus Familien mit Gewalterfahrungen gewünscht.

Vergleichbare Zufriedenheit besteht auch mit dem Stand der *überbezirklichen Zusammenhänge*: hier geben acht Bezirke an, dass die realisierte überbezirkliche Kooperation ausreichend sei. Nur ein Bezirk findet die Kooperation nicht ausreichend, ein weiterer nur mit Einschränkungen; aus den restlichen beiden Bezirken gab es keine Angaben dazu.

Auch wenn die Kooperation als ausreichend bezeichnet wird: Wünsche werden dennoch formuliert: Es kann angenommen werden, dass bei größeren Kapazitäten für kooperative Arbeit bzw. zeitökonomisch organisierte Kooperationen Bereitschaft und Interesse seitens der bezirklichen Frauenabteilungen besteht, an solchen teilzuhaben. Die für die Abteilungen Jugend und Familie vorliegenden Informationen verweisen darauf, dass in diesem Bereich das Kooperationsinteresse weniger ausgeprägt ist.

Wünsche im Hinblick auf überbezirkliche Kooperationen beziehen sich auf eine bessere Vernetzung und regelmäßigeren Austausch mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, den Präventionsräten und Frauenbeauftragten sowie die Zusammenarbeit mit überbezirklichen Projekten, hier ist beispielsweise an BIG zu denken. Auch Gerichte und Krankenhäuser werden als weitere überbezirkliche Kooperationswünsche angegeben. Eine weitere Anforderung richtet sich auf die Fraktionen im Abgeordnetenhaus, mit denen eine Kooperation im Hinblick auf das Thema häusliche Gewalt gewünscht wird. Auch Bündnisse im Hinblick auf die bedarfsgerechte Unterstützung von Kindern, die Gewalterfahrungen in Familien gemacht haben, werden hier angeführt.

2.3 Häusliche Gewalt: Informationsstand und Informationsbedarf aus Sicht der Bezirke

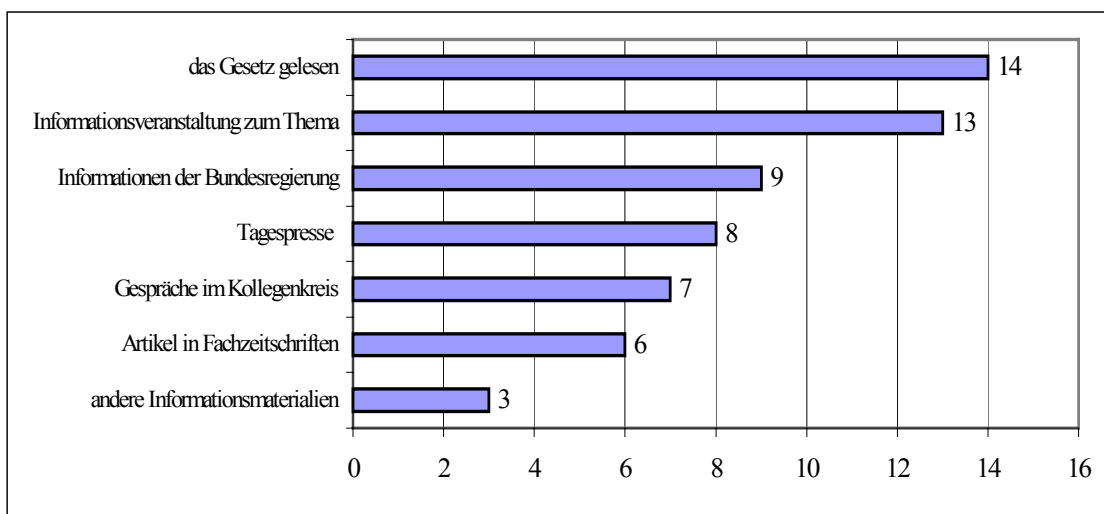
Der Informationsstand zum Themenfeld häusliche Gewalt wurde für drei Komplexe exemplarisch ermittelt: gefragt wurde nach dem Informationsstand im Hinblick auf das Gewaltschutzgesetz der Bundesregierung, das seit Anfang 2002 in Kraft ist, nach der Bekanntheit des „Berliner Aktionsplanes gegen häusliche Gewalt“ und nach Kenntnis im Hinblick auf BIG und entsprechende Informationsmaterialien des Projektes.

Mehrheitlich bekannt ist das Gewaltschutzgesetz; hier gaben nahezu alle Befragten an, dass sie bereits Kenntnis über das Gesetz haben und sich damit auseinandersetzen konnten. Angaben dazu, dass das Gesetz noch nicht bekannt sei, wurden aus zwei Bezirken in den Abteilungen Jugend und Familie gemacht – vorsichtig formuliert: hier zeichnet sich Handlungsbedarf ab.

Im Hinblick darauf, woher die Informationen über das Gesetz stammen, zeigt sich, dass mehrheitlich das Gesetz selbst gelesen worden ist, darüber hinaus wurden von fast allen auch bereits Informationsveranstaltungen zu diesem Thema besucht bzw. entsprechende Veranstaltungen selbst durchgeführt.

Bezogen auf den Bereich der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist der Kenntnisstand über das Gesetz als umfassend zu charakterisieren; für die Abteilungen Jugend und Familie scheint dies so noch nicht zuzutreffen.

Informationsquellen zum Gewaltschutzgesetz (N=16 / Mehrfachnennungen)

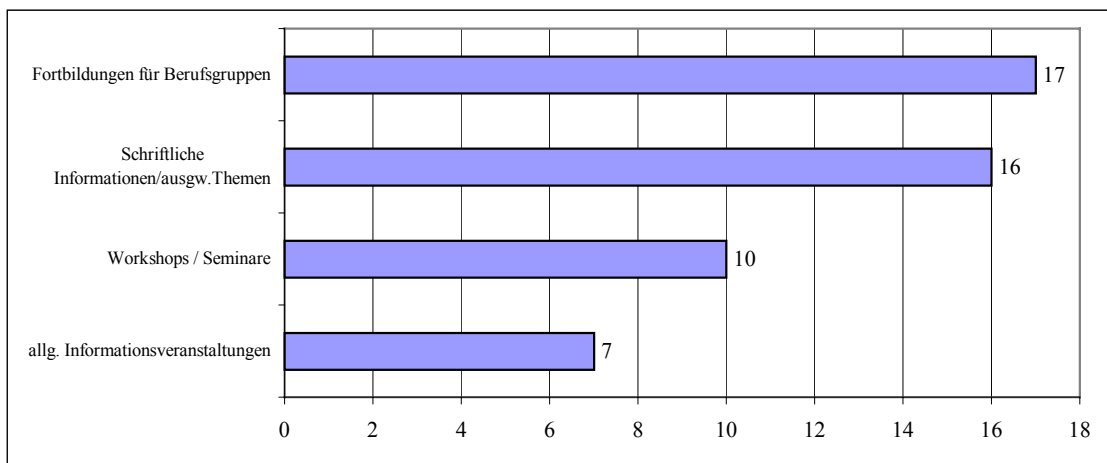


Der oben angegebene Kenntnisstand könnte vermuten lassen, dass das Interesse an weiteren Informationen eher gering ist. Dies ist allerdings mehrheitlich nicht der Fall – weitergehendes Interesse zeichnet sich am Umsetzungsstand des Gesetzes ab. Hier wird beispielsweise die Umsetzung des „Platzverweises“ benannt und die bislang in der Anwendung gemachten Erfahrungen der Polizei. Im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz wird auch Interesse geäußert, sich verstärkt mit Fragen der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Familiengericht auseinanderzusetzen. Kontinuierliche Informationen zu diesem Gesetz und der Praxis mit dessen Umgang stellen aus Sicht der Befragten eine Grundlage dar, um qualifizierte Beratungsleistungen für Betroffene anbieten zu können.

Auch den „Berliner Aktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt“ kennen fast alle der Befragten; wie schon beim Gewaltschutzgesetz können hier Defizite für die Abteilungen Jugend und Familie festgestellt werden, während er den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten durchgehend bekannt ist. Neben zentralen Aktivitäten umfasst der Aktionsplan auch Maßnahmen, die auf Ebene der Bezirke durchgeführt bzw. umgesetzt werden sollen. Insofern ist interessant, inwieweit dieses Ziel bislang erreicht werden konnte. Immerhin fünf Bezirke geben an, dass sie schon entsprechende Aktivitäten durchgeführt haben⁶. Hier besteht für die zukünftige Arbeit sicherlich die Möglichkeit, den Handlungsvorsprung dieser Bezirke zu nutzen und sich direkt zu informieren, welche Maßnahmen realisiert wurden, wie diese umgesetzt worden sind und dergleichen mehr.

Beschäftigt man sich mit der Frage, wie die Arbeit zum Thema häusliche Gewalt auf bezirklicher Ebene weiter entwickelt werden kann, dann ist auch von Interesse, welche Angebote aus Sicht der Bezirke grundsätzlich gewünscht werden. Die folgende Graphik zeigt die bestehenden Wünsche: auch hier wird deutlich, dass gezielte Fortbildung, zugeschnitten für unterschiedliche Berufsgruppen / praktische Handlungsfelder, ganz oben auf der Liste steht. Der Wunsch nach entsprechenden Angeboten zeigt nochmals, dass im Fortbildungsbereich breiter bezirklicher Handlungsbedarf formuliert wurde, dies sowohl aus Sicht der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten als auch der Abteilungen Jugend und Familie.

Notwendige Angebote zum Themenfeld „Prävention häuslicher Gewalt“ (N= 20 / Mehrfachnennungen)



Die Angaben der Befragten verweisen auch auf ein zweites zentrales Handlungsfeld, nämlich *schriftliche Informationen* zu spezifischen Themenfeldern wie beispielsweise Migrantinnen, Kinder und Jugendliche, polizeiliche Arbeit, Täterarbeit, innovative Modelle etc. Insbesondere im Arbeitsbereich „Frauen“ sind allgemeine Informationen zum Thema häusliche Gewalt weniger von Interesse, die hier als gegeben angenommen werden können, sondern spezielle Fachinformationen, die auf bezirklicher Ebene die Tätigkeit in Teilbereichen unterstützen könnten. Deutlich höher liegt die Nachfrage nach allgemeiner Information in den Abteilungen Jugend und Familie, wobei auch hier (zusätzlich) themenspezifische Informationen gewünscht werden.

Bezogen auf diese Handlungsfelder sind auch die zentralen Akteure gefragt, entsprechende Anregungen und Materialien zur Verfügung zu stellen. Hier kommen sicher die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sowie BIG in Betracht, für einzelne Themenfelder wären aber auch andere Stellen geeignete Partner (z.B. Polizei und Justiz, Beauftragter für Integration und Migration etc.).

⁶Friedrichshain - Kreuzberg, Mitte, Tempelhof - Schöneberg, Marzahn - Hellersdorf, Spandau

2.4 Prävention häuslicher Gewalt auf bezirklicher Ebene: Ein Blick in die Zukunft: Unterstützungswünsche und Handlungsbedarf

Aufgegriffen wurden auch die Unterstützungswünsche aus bezirklicher Sicht und die Defizite bezogen auf die präventive Arbeit hinsichtlich häuslicher Gewalt in den Bezirken. Anregungen werden gefordert und Unterstützung ist erwünscht hinsichtlich folgender Aspekte:

- Vernetzung
- Aktivitäten und gemeinsame Aktionen unterschiedlicher Arbeitsbereiche
- regelmäßige Unterrichtung über die Täterarbeit (beispielsweise durch Aufnahme in den Verteiler der Landeskommision Berlin gegen Gewalt zwecks Unterrichtung)
- Infos zur Weiterführung des Projektes BIG
- Schulungsmaterial zu spezifischen Themenfeldern
- Unterstützung der bezirklichen Arbeit durch zielgerichtete Information und Unterstützung zum Thema häusliche Gewalt
- Angebote rechtlicher Beratung im Hinblick auf häusliche Gewalt
- Sensibilisierung von Mitarbeiter/innen innerhalb der Verwaltung
- Zusammenarbeit mit Gerichten und Krankenhäusern
- Öffentlichkeitsarbeit: Wie kann das bezirkliche Aktionsspektrum, wie können einzelne Maßnahmen wirkungsvoll aufbereitet werden, um sich auch in entsprechender Berichterstattung niederzuschlagen?
- Fortbildungen für bestimmte Berufsgruppen (z.B. Lehrer/innen / Erzieher/innen / Ärzt/innen) sowie Mitarbeiter/innen in Sozial- und Jugendämtern, Bürgerbüros etc.
- Unterstützung / Informationen, um die unterschiedlichen Aktionen und Angebote / Projekte im Themenfeld überblicken und einordnen zu können
- Anregung / Unterstützung bei der Frage: Zusammenarbeit des Kita - Bereiches und des Allgemeinen Sozialdienstes

Die Auflistung dieser unterschiedlichen Aspekte zeigt, dass Unterstützung für drei Bereiche aus bezirklicher Sicht wesentlich zu sein scheint und unterschiedliche Akteure adressiert bzw. bezirkliche Defizite / Wünsche artikuliert werden.

Ein wesentlicher Bereich, für den Unterstützung gewünscht wird, ist derjenige der *Kooperation und Vernetzung*: ganz offensichtlich besteht hier aus Sicht der bezirklichen Akteure die Notwendigkeit, Zusammenarbeit unterschiedlicher Bereiche zu befördern oder anzuregen.

Unterstützungsbedarf wird auch artikuliert im Hinblick auf *spezifische Informationen*, sei es als Anforderung an BIG bezogen auf die weitere Projektarbeit, an die Landeskommision oder andere zentrale Akteure. Gezielte Informationen und Angebote werden beispielsweise im Hinblick auf Projekte im Bereich häusliche Gewalt generell, spezieller auch für Rechtsfragen gewünscht, aber auch in Form von Schulungsmaterial, das geeignet ist, insbesondere die Fortbildung für Mitarbeiter/innen der bezirklichen Verwaltungen und Einrichtungen zu befördern oder auch anzuregen.

Ein dritter Punkt ist die Unterstützung in Bezug auf *Öffentlichkeitsarbeit*, die geeignet ist, das bezirkliche Aktionsspektrum wirkungsvoll bekannt zu machen, d.h. Hilfestellung z.B. dahingehend, wie die Presse motiviert werden kann, über bezirkliche Aktionen überhaupt oder intensiver zu berichten. Das heißt auch, dem Thema häusliche Gewalt insgesamt mehr und für die Betroffenen wirkungsvolle Medienöffentlichkeit zu widmen und hierfür adäquate Strategien zu erarbeiten und zu kommunizieren.

Gefragt wurde auch danach, welche Defizite im jeweiligen Bezirk im Hinblick auf gewaltpräventive Arbeit gesehen werden. Auch hier werden unterschiedliche Aspekte thematisiert:

- fehlende finanzielle Mittel für laufende Projekte sowie für Veranstaltungen oder Fachtagungen
- finanzielle und personelle Ressourcen fehlen, um die vorhandenen Ideen auch umsetzen zu können
- Ressourcen sind zu gering, um Fortbildung, so wie es nötig wäre, durchzuführen
- Notwendigkeit abgestimmter Kooperations- und Handlungsleitfäden zum Thema häusliche Gewalt auf bezirklicher Ebene
- Förderung / Absicherung der Angebote von Zufluchtswohnungen ist unsicher bzw. kann nicht gewährleistet werden
- unterschiedliche Akteure (wie Polizei, Justiz, Frauenbeauftragte, Jugend und Gesundheit etc.) müssten regelmäßig in einem bezirklichen Gremium kooperieren, Projekte koordinieren und aufeinander abstimmen; vor allem auch bündeln in Bezug auf (EU-) Fördermittel
- fehlende statistische Erhebungen zu Kosten und Anzahl von Maßnahmen gegen häusliche Gewalt
- zu wenig Informationen, die sich an die Bevölkerung des Bezirkes richten
- der Wille zur Durchführung von Maßnahmen durch die politische Spitze des Bezirksamtes und das ernst nehmen des Themas fehlen,
- Behandlung des Themas in der BVV ist defizitär,
- mangelnde (politische und finanzielle) Unterstützung der Gruppen und Projekte, der Zufluchtswohnungen und Beratungsstellen

Auch hier wird deutlich, dass es *Defizit - Schwerpunkte* gibt: einer ist sicherlich die mangelhafte *finanzielle Ausstattung* der gewaltpräventiven Arbeit; hiervon sind laufende Projekte auf bezirklicher Ebene betroffen, die direkt für gewaltbetroffene Frauen arbeiten; aber auch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen oder Kampagnen benötigen entsprechende Mittel. Auch der wichtige Bereich der Fortbildung ist von Kürzungen und Haushaltsengpässen betroffen. Wie eine der Befragten treffend formulierte: „*Es fehlt uns nicht an Ideen sondern am Geld*“.

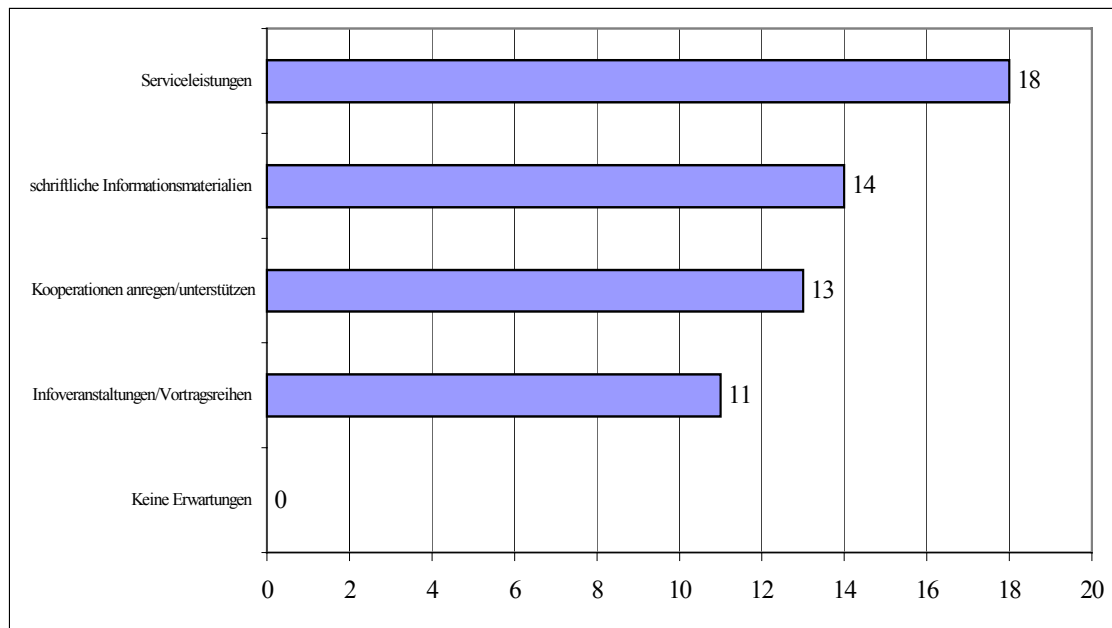
Ein weiterer Aspekt ist auch hier wieder die Frage der *Kooperation unterschiedlicher Akteure*, die über ein verbindliches und übergreifendes Gremium sichergestellt werden müsste; so könnte die Arbeit besser koordiniert werden, so könnten wahrscheinlich auch die begrenzten finanziellen Mittel auf bezirklicher Ebene effektiver eingesetzt werden und Synergien begrenzte materielle Ressourcen möglicherweise tendenziell ausgleichen. Auch eine als noch zu gering erachtete Öffentlichkeitsarbeit könnte so eventuell verbessert werden.

Der dritte Punkt bezieht sich auf den fehlenden politischen Willen, das Thema häusliche Gewalt gleichberechtigt mit anderen Themen auf die politische Agenda zu setzen und auch mit entsprechendem Nachdruck und Engagement Maßnahmen zu initiieren und umzusetzen. Hier ist sicher noch vieles denkbar, um innerhalb der Bezirksverordnetenversammlungen der Bezirke dahin zu kommen, dass der Bereich häusliche Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Kinder als Aufgabenstellung Ernst genommen wird.

2.5 Erwartungen der Bezirke an andere Akteure: die Landeskommission Berlin gegen Gewalt und BIG

Neben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen sind die Landeskommission Berlin gegen Gewalt und das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (BIG) zwei weitere zentrale Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung der gewaltpräventiven Arbeit in Berlin. Welche Erwartungen die bezirklichen Akteure an die Landeskommission formulieren, welche Unterstützungen sie erwarten, zeigt die folgende Graphik.

Erwartungen an die Landeskommission Berlin gegen Gewalt (N=21 / Mehrfachnennungen)



Wie die Graphik zeigt, werden unterschiedliche Anforderungen formuliert, wobei der Schwerpunkt des Interesses bei Serviceleistungen liegt, beispielsweise der Bereitstellung von Referentenpools, Auskünften zu Veranstaltungen oder Auskünften zu gewaltpräventiven Gremien in Berlin. Solche Angebote wären aus bezirklicher Sicht ganz offensichtlich hilfreich. Doch auch schriftliches Informationsmaterial und die Anregung und Unterstützung von Kooperationsverbänden sowie die Durchführung von Veranstaltungen oder Vortragsreihen können aus Sicht der bezirklichen Akteure im Bereich Frauen sowie Jugend und Familie interessant und unterstützend sein.

Weitergehende Anforderungen an die Landeskommission beziehen sich auf das politische Wirken der Landeskommission, beispielsweise wenn gefordert wird, dem Thema häusliche Gewalt auf Ebene der Bezirksverordnetenversammlungen etc. stärker zu politischem Gewicht zu verhelfen, also mitzuhelfen, das Thema auf die bezirkliche politische Agenda zu setzen oder bei dem Anliegen, im Hinblick auf die Diskussionen um Jugendhilfe und den Stellenwert der Hilfen zu Erziehung stärker mit der Landeskommission zusammenzuwirken. Weitere Anforderungen beziehen sich auf einzelne thematische Schwerpunkte⁷. Unabhängig von der Frage, was tatsäch-

⁷So wird erwartet, dass die Landeskommission neben Opfer- und Täterkampagnen auch das Thema der Nachbarschaften aufgreift, d.h. eine zielgerichtete Kampagne entwickelt, die sich an Nachbarn gewaltbetroffener oder -bedrohter Frauen und deren Kinder wendet. Aufgefordert wurde die Landeskommission auch, dafür Sorge zu tragen, dass als obligatorischer Bestandteil der Liste der Notfallnummern auch die Anlaufstellen für gewaltbetroffene Frauen aufgenommen werden. Diesen

lich in den Kompetenzbereich der Landeskommission fällt, was sinnvoll und weiterführend ist, kann festgehalten werden, dass die Landeskommission gegen Gewalt aus Sicht der Befragten als anerkannter und wichtiger Akteur der Gewaltprävention wahrgenommen wird.

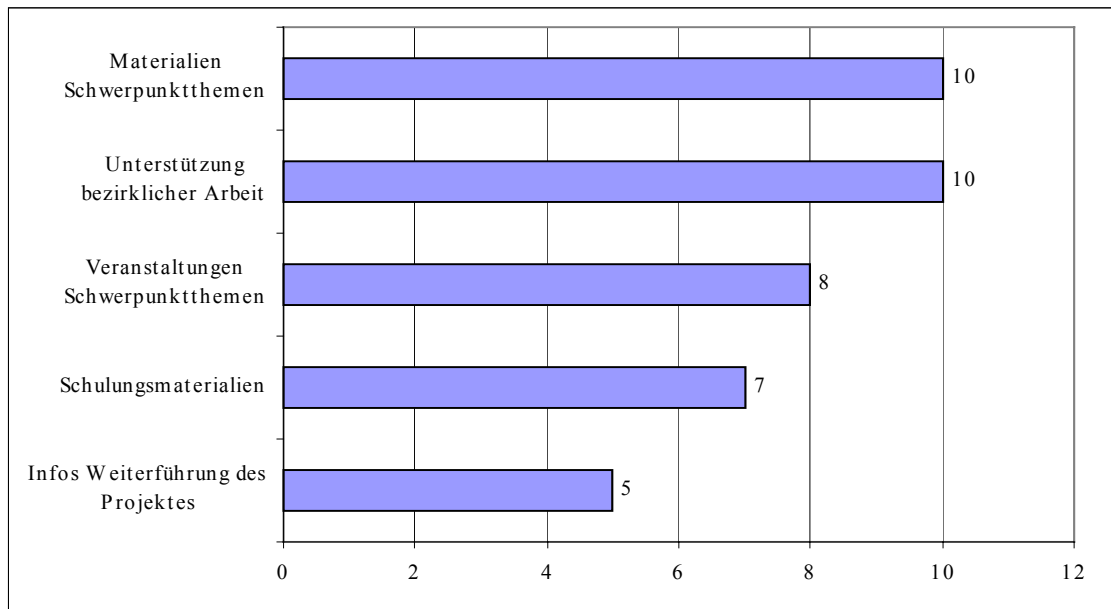
Der Bekanntheitsgrad des Berliner Interventionsprojektes gegen häusliche Gewalt ist hoch, in allen Bezirken kennt man dieses Projekt bei den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, wengleich auch nicht in allen Abteilungen Jugend und Familie. Auch die schriftlichen Informationsbroschüren von BIG zu verschiedenen Themen sind zum größten Teil bekannt – mindestens im Frauenbereich. Auf BIG aufmerksam geworden ist der überwiegende Teil der Bezirke durch die schriftlichen Projekt - Informationen von BIG selbst, aber auch durch entsprechende Info - Veranstaltungen.

Dass sich diese Bekanntheit nicht darin erschöpft, die Existenz des Projektes nur zur Kenntnis zu nehmen, zeigt sich daran, dass vielfach auch mit BIG zusammengearbeitet wird. Alle Bezirke geben für den Frauenbereich an, dass Arbeitszusammenhänge bestehen, teilweise ist das auch im Jugendbereich der Fall – hier allerdings wie schon beim Informationsstand über BIG in geringerer Ausprägung.

Vor allem wird die fachliche Beratung und Expertise des Projektes auf bezirklicher Ebene in Anspruch genommen. Ein weiterer Schwerpunkt der Unterstützung sind die Expertinnen von BIG, die bei unterschiedlichen bezirklichen Aktivitäten als Referentinnen zur Verfügung stehen. Hier zeigen sich ganz offensichtlich die bisherigen Arbeitsschwerpunkte, die den spezifischen Mehrwert für die Bezirke darstellen und die auch in Zukunft gefordert sind.

Was sind nun die weiteren Erwartungen, die an BIG für die Zukunft formuliert werden? Die Antworten der Befragten verweisen zunächst einmal darauf, dass die weitere Existenz des Projektes selbst von großem Interesse ist. BIG ist zentrale Instanz der Anti-Gewaltarbeit im häuslichen Bereich und wichtiger Partner als Unterstützung für bezirkliches Handeln und Informationsquelle.

Unterstützungswünsche an BIG (N=20 / Mehrfachnennungen)



kommt ein ebenso hoher Stellenwert zu wie allen anderen Notfallnummern (Polizei, Feuerwehr, Apothekennotdienst u.Ä.). Initiative von Seiten der Landeskommission im Hinblick auf Öffentlichkeit wird anhand eines weiteren konkreten Vorschlages eingefordert: die Landeskommission Berlin gegen Gewalt sollte einen Werbespot (Kino- und Fernsehwerbung) entwickeln, der zu gewaltfreiem Umgang auffordert und ermutigt.

Auch die an BIG formulierten Unterstützungswünsche zeigen, dass Hilfen bei der eigenen bezirklichen Arbeit sowie schriftliche Informationen zu Schwerpunktthemen (und diese Infos auch in türkischer Sprache) im Zentrum des Interesses stehen. In einem nächsten Schritt müsste nun genauer nachgefragt werden, welche Themen oder Unterstützungsangebote hier in unterschiedlichen Bereichen, aber auch in den Bezirken eingefordert werden. Unterschiede dürften sich aus ungleich verteiltem Informationsstand bzw. Ausmaß der schon durchgeführten Aktivitäten ergeben.

3. Resümee und Ausblick

Gewaltpräventive Arbeit bezogen auf den häuslichen Bereich stellt sich als Arbeitsschwerpunkt dar, der in den Zuständigkeitsbereichen der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten etabliert ist. Alle Bezirke haben - mindestens in Teilbereichen - entsprechende Aktivitäten durchgeführt. Zwar ist der Umsetzungsstand noch recht unterschiedlich was Umfang und Intensität der Maßnahmen betrifft, doch haben sich über die letzten Jahre gewisse „Standards“ etabliert.

So ist die Herausgabe einer Notfallkarte nahezu flächendeckend für die Berliner Bezirke realisiert: dies ist eine Maßnahme, die zum einen betroffene Frauen selbst unterstützt, die aber auch als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung geeignet erscheint. Auch öffentliche Informationsveranstaltungen gehören zum festen Repertoire bezirklicher Arbeit, mit ihnen konnten weit über 1000 Menschen in Berlin über das Thema informiert und sensibilisiert werden. Flankiert wird dies durch Plakate, die sich mit dem Thema häusliche Gewalt und deren Prävention beschäftigen; Plakataktionen wurden immerhin in der Hälfte der erreichten Bezirke aufgelegt. Neben den oben erwähnten Notfallkarten existieren vielfach auch weitere schriftliche Informationen, die einen Überblick der Angebote für von Gewalt bedrohte und betroffene Frauen zur Verfügung stellen.

Zu den Angaben, die zur Bestandsaufnahme der bezirksinternen und überbezirklichen Kooperationen gemacht worden sind, kann festgehalten werden, dass in allen Bezirken – sei es regelmäßig oder sporadisch – Arbeitszusammenhänge existieren. Dies trifft für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten voll zu, eingeschränkt hat es auch Gültigkeit für die Abteilungen Jugend und Familie. Die Kooperation zwischen diesen beiden Arbeitsbereichen zum Thema häusliche Gewalt stellt sich als entwicklungsfähig dar.

Der Informationsstand zum Thema häusliche Gewalt in den Arbeitsbereichen der Frauenbeauftragten stellt sich insgesamt als sehr gut dar, was beispielsweise das neue Gewaltschutzgesetz, aber auch den Berliner Aktionsplan gegen häusliche Gewalt betrifft. In den Abteilungen Jugend und Familie müssen noch Lücken geschlossen werden. Informationsbedarf wird eher im Hinblick auf einzelne Schwerpunktthemen artikuliert, sei es im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz oder bezogen auf bestimmte Zielgruppen der gewaltpräventiven Arbeit, wie Migrantinnen, Kinder und Jugendliche, oder bestimmte Einzelaspekte, wie polizeiliches Handeln, rechtliche Beratung und Ähnliches.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich im Hinblick auf Fortbildungen, die Mitarbeiter/innen der bezirklichen Verwaltung und Ämter für das Thema häusliche Gewalt sensibilisieren und qualifizieren. Hier eröffnen sich deutliche Reserven, was die zukünftige Arbeit anlangt: viele Bereiche sind bislang noch nicht adressiert bzw. erreicht worden. Aus Sicht der Bezirke selbst, ist der Bereich von Schulung und Fortbildung ein wesentlicher Bereich, auf den sich die Arbeit zu konzentrieren hat, wo aber auch von zentralen Initiativen und Institutionen der gewaltpräventiven Arbeit entsprechende Anregung und Unterstützung eingefordert wird.

Hier wünscht sich die Mehrzahl der Bezirke Unterstützung: es ist vonseiten des auf Landesebene kooperierenden Verbundes von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, der Landekommission Berlin gegen Gewalt sowie der Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt zu überlegen, welche geeigneten Maßnahmen hier in die Wege geleitet werden können, um die bezirkliche Arbeit wirkungsvoll zu unterstützen.

Als *Defizit - Schwerpunkte* bezirklicher Arbeit können zusammengefasst werden:

- die mangelhafte *finanzielle Ausstattung* der gewaltpräventiven Arbeit; hiervon sind laufende Projekte auf bezirklicher Ebene betroffen, aber auch öffentlichkeitswirksame Kampagnen benötigen entsprechende Mittel. Auch Fortbildung und Schulungen können zum Teil aus diesem Grund nur eingeschränkt geleistet werden;
- die *Kooperation unterschiedlicher Akteure*, die über ein verbindliches und übergreifendes Gremium sichergestellt werden müsste;
- der fehlende politische Wille, das Thema häusliche Gewalt gleichberechtigt mit anderen Themen auf die politische Agenda der Bezirke zu setzen und ernsthaft zu verfolgen.

Die Anforderungen können nur auf bezirklicher Ebene umgesetzt werden, den Bezirken sollte hierfür allerdings nicht die alleinige Verantwortung zugewiesen werden.

Insbesondere die Landeskommision ist aufgefordert, unterstützende und Service - Angebote zu unterbreiten, auf die die in den Bezirken Tätigen zugreifen können, sei es in Form eines Referent/innen - Pools zu Sachfragen oder zu schriftlichen Informationen. Ein weiteres Handlungsfeld für die Landeskommision ist die Unterstützung und Anregung von Kooperationen: nicht nur wird Kooperationsbedarf mit der Landeskommision selbst in einigen Bezirken formuliert, es besteht auch die Erwartung, dass die Landeskommision in diesem Bereich initiativ tätig wird und so bezirkliches Handeln unterstützt.

Mit der vorliegenden Erhebung der Landeskommision gegen Gewalt ist ein erster Schritt unternommen worden, diesen Bedarfen nachzukommen. Durch die Publikation und Kommunikation der Ergebnisse besteht die Chance, bezirkliches Handeln zu unterstützen, Kooperationen anzuregen und die gewaltpräventive Arbeit in Berlin weiter zu intensivieren.

Anhang

Dokumentation bezirklicher Materialien, die sich auf Aktivitäten der Bezirke zum Thema häusliche Gewalt beziehen

Charlottenburg - Wilmersdorf

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Schriftliches Informationsmaterial • Plakataktion • Frauenmesse • Fortbildungen (thematischer Schwerpunkt: sexueller Missbrauch) • Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen (Lehrerinnen/ Erzieherinnen/ Eltern/ Ärzte) • Initiative: Frauenbeauftragte in Kooperation mit dem Landeskriminalamt bei der Umsetzung • Finanzierung: Haushaltsmittel des Bezirks |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben, da die Stelle der Frauenbeauftragten gegenwärtig nicht besetzt ist |
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Jugendamt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Diskussion des neuen Gewaltschutzgesetzes und dessen Auswirkungen auf die Arbeit des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Frauenausschuss |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Jugendamt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Erörterung des Gewaltschutzgesetzes und Stand der Umsetzung in Arbeitsbesprechungen • Diskussion des Gesetzes in der AG „Hilfen zur Erziehung“ (Zielgruppe: Fachkräfte der ambulanten und stationären Hilfen) |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Keine Angaben, da die Stelle der Frauenbeauftragten gegenwärtig nicht besetzt ist |

Friedrichshain-Kreuzberg

| | |
|--|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Notrufkarte • Informationsbroschüre (inkl. spezieller bezirklicher Angebote zur Täterarbeit / Beratung Männer gegen Gewalt) • Beteiligung an Initiierung und Durchführung der Kampagne „Gemeinsam gegen Männergewalt“ • Öffentliche Informationsveranstaltungen (z.B. Gewaltschutzgesetz) / Infostände • Fortbildungen zum Gewaltschutzgesetz • Studie „Gewalt im öffentlichen Raum“ (erschieden 1999; Angsträume von Frauen im Bezirk Kreuzberg) • Initiative: Gleichstellungsbeauftragte, Umsetzung in Zusammenarbeit mit bezirklichen Frauenprojekten und Frauenbeirat für Stadtplanung • Finanzierung: bezirkliche Haushaltsmittel |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • öffentlichkeitswirksame Materialien (z.B. Flyer) • öffentliche Infoveranstaltungen • Aufnahme des Themas in Veranstaltungen und Kursangebote /interne Fortbildung • In welchem Umfang geplante Aktivitäten in der Zukunft umgesetzt werden können, ist durch Haushaltssperre und Wegfall bezirklicher Mittel für diesen Arbeitsbereich (z.B. ABM - Stellen) fraglich. |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>Petra Koch - Knöbel / Gleichstellungsbeauftragte BA Friedrichshain - Kreuzberg, Frankfurter Allee 35 - 37, 10216 Berlin Tel: 2324 4111 / 4109 / Fax: 2324 4177 E - Mail: petra.koch-knoebel@ba-fk.verwalt-berlin.de</p> |

Lichtenberg - Hohenschönhausen

| | |
|--|--|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Verteilung von Flyern, schriftlichem Infomaterial (BIG - Informationsmaterial) • Beiträge in bezirklichen Printmedien (zu aktuellen Anlässen wie Aktionstag 25.11.) • öffentliche Informationsveranstaltungen (Projekte des Frauennetzwerks in unregelmäßigen Abständen) • Initiative: Gleichstellungsbeauftragte, Durchführung zum Teil unterstützt vom Frauennetzwerk |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Informationsveranstaltungen • Teilnahme am Aktionstag 25.11 mit mehreren Veranstaltungen in verschiedenen Projekten |
| <p>Aktivitäten/Angaben des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Jugendamt</p> | <p>keine spezifischen Aktivitäten zum Thema häusliche Gewalt durchgeführt oder in Planung</p> |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>Regina Schmidt / Gleichstellungsbeauftragte BA Lichtenberg Möllendorffstr. 6, 10360 Berlin Tel: 5504 3320 / Fax: 5504 3309 E - Mail: schmidt.regina@t-online.de</p> <p>Frank Roll / BA Lichtenberg, Jug 4006, 10360 Berlin Tel: 5504 4031 / Fax: 5504 5009 E - Mail: frank.roll@ba-libg.verwalt-berlin.de</p> |

Marzahn - Hellersdorf

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten und der Marzahn - Hellersdorfer Beratung für Männer – gegen Gewalt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Plakataktion • Schriftliche Informationen • Notfallkarte • Beteiligung an Fahnenaktion (25.11.2001/2002) • Beiträge in bezirklichen und überbezirklichen Printmedien • Infostände • Fachtagungen • öffentliche Informationsveranstaltungen/Podiumsgespräche • Infoveranstaltungen in bezirklichen Frauenprojekten • Fortbildungen für Mitarbeiter/innen • Gründung des AK „Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt“ • Bezirklicher Aktionsplan gegen häusliche Gewalt • Initiative: vor allem AK „Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt“ und „Beratung für Männer gegen Gewalt“, daneben auch Frauenprojekte, die Alice-Salomon-Fachhochschule (ASFH) • Umsetzung: Gleichstellungsbeauftragte, AK „Marzahn - Hellersdorf gegen häusliche Gewalt“, „Beratung für Männer gegen Gewalt“, bezirkliche Frauenprojekte, die ASFH und das Bezirksamt. Überbezirkliche Kooperation, z.B. mit der Senatsverwaltung für Frauen und der Friedrich - Ebert - Stiftung. • Finanzierung: v.a. bezirkliche Haushaltsmittel, aber auch Zuwendung des Senat, Mittel von Frauenprojekten, Stiftungsmittel sowie ASFH. |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten und der Marzahn - Hellersdorfer Beratung für Männer – gegen Gewalt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des bezirklichen Aktionsplans • Plakataktionen • Flyer • Aufnahme des Themas in bezirklichen Printmedien |

| | |
|-----------------------|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Infoveranstaltungen • Fortbildungen • „Kinder und häusliche Gewalt“ (in Zusammenarbeit mit ASFH) |
| Ansprechpartner/innen | <p>Liane Behrendt / Gleichstellungsbeauftragte BA Marzahn - Hellersdorf, 12 591 Berlin Tel: 90293 2050 / Fax: 90293 2055 E - Mail: Liane.Behrendt@ba-mh.verwalt-berlin.de</p> <p>Gerhard Hafner Marzahn - Hellersdorfer Beratung für Männer – gegen Gewalt Rudolf - Leonhard - Str. 7, 12679 Berlin Tel: 9302 3495 / Fax: 9302 34 96 / Hotline: 785 98 25 E - Mail: mannsarde@t-online.de</p> |

Mitte

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Koordinierungsstelle Frauengesundheit im Verbund mit der (ehemaligen) Frauenbeauftragten des Bezirks Tiergarten, dem Präventionsrat, der Plan- und Leitstelle Gesundheit</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Plakataktion „Rote Karte gegen Männergewalt“ • „SOS - Handy - Kampagne“ • Notfallkarte • Flyer • Veröffentlichungen in bezirklichen und überbezirklichen Printmedien • Öffentliche Informationsveranstaltungen und Info - Stände • Initiative: Plan- und Leitstelle Gesundheit und Frauenbeauftragte in wechselseitiger Kooperation • Umsetzung: überbezirklich mit dem AK Frauen und Gesundheit und der Frauenbeauftragten in Schöneberg; Polizeidirektion 3; bei der Realisierung der Plakataktion war ein BBJ - Ausbildungsprojekt sowie die JVA Tegel involviert • Finanzierung: bezirkliche Haushaltsmittel und Sachspenden (Handy-Aktion) |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Koordinierungsstelle Frauengesundheit in Zusammenarbeit mit der (ehemaligen) Frauenbeauftragten des Bezirks Tiergarten, dem Präventionsrat, der Plan- und Leitstelle Gesundheit</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines Aktionsplanes gegen häusliche Gewalt • im Rahmen dieses Aktionsplans werden auch neue Maßnahmen entwickelt, Weiterführung der Notfallkarten |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>BA Berlin Mitte / Koordinierungsstelle Frauengesundheit Müllerstr. 146 / 147, 13353 Berlin Tel: 2009 43077 / Fax: 2009 43355 E - Mail: schiffma@ba-mit.verwalt-berlin.de</p> |

Neukölln

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • schriftliche Informationsmaterialien • Broschüre „Wenn Gewalt unerträglich wird“ • Beiträge in bezirklichen Printmedien • öffentliche Informationsveranstaltungen • Fortbildungen • Aufnahme des Themas in Kurs- und Veranstaltungsangebote • Infostände • Beteiligung an Fahnenaktion am 25.11 • Initiative und Umsetzung: die Frauenbeauftragte / das Frauenbüro; Frauenbeauftragte kooperiert im Rahmen der Aktivitäten zum Thema mit BIG sowie mit Frauenprojekten • Finanzierung: Etat des Frauenbüros (drei Personen; Etat von jährlich 5.000 € für die gesamte Frauenarbeit). |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Erstellung von mehrsprachigen Informations - Flyern • öffentliche Informationsveranstaltungen / Infostände • Aktionen mit den Quartieren planen und umsetzen |
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Jugendamt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Schriftliche Information: Broschüre • Öffentliche Informationsveranstaltung / Podiumsdiskussion • Fortbildung im Bezirk • Mitwirkung an Fachtagung außerhalb des Bezirkes • Workshopteilnahme bei BIG • Abteilungsübergreifende Mitarbeit in der bezirklichen Kinderschutz AG • Zweimonatliche Jour fixe - Runden von Jugendhilfe und Polizei |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben des Allgemeinen Soz.päd. Dienstes im Jugendamt</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Fortbildungen für Mitarbeiter/innen |

| | |
|-----------------------|---|
| Ansprechpartner/innen | <p>Renate Bremmert / Frauenbeauftragte BA Neukölln, Karl - Marx - Str. 83, 12040 Berlin Tel: 6809 3555 / 3554 E - Mail: renate.bremmert@ba-nkn.verwalt-berlin.de</p> <p>Herr Georg / Kinderschutzkoordinator Jugendamt Neukölln / Jug 4554 Tel: 6809 1521 / Fax: 6809 1599</p> <p>Susanne Bangura / Frauenschmiede - Zufluchtswohnung Tel.: 687 60 81</p> |
|-----------------------|---|

Pankow

| | |
|--|--|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Notfallkarte • Broschüre (Angebote und Anlaufstellen für Frauen) • Verschiedenen Veranstaltungen rund um den internationalen Aktionstag (Infoveranstaltungen, Präsentation von Selbstverteidigungstechniken, Frauenbrunch) • öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Migration zur Umsetzung des neuen Gewaltschutzgesetzes • Infoveranstaltung Gewaltschutzgesetz für Multiplikator/innen innerhalb des Bezirksamtes (Abteilungen Soziales und Jugend) • Initiative: Gleichstellungsbeauftragte; in der Umsetzung und Durchführung existieren Kooperationen mit der Polizei, mit Beratungsstellen und Frauenprojekten |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Fortbildung der Mitarbeiter/innen in den Jugend- und Sozialämtern |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>Frau Gerstenberger / Frau Schirmer Gleichstellungsstelle BA Pankow Breite Str. 24a - 26, 13187 Berlin Tel: 4883 2305 / 2259 / Fax: 4883 2318 E - Mail: gerstenberger@ba-pankow.verwalt-berlin.de</p> |

Reinickendorf

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • öffentlichen Infoveranstaltung / Infostände • Thema Bestandteil von Veranstaltungen und Kursangeboten • Präventionstage • Gewalttage • Ausstellungen • Initiative und Umsetzung: Frauenbeauftragte, Mädchen und Frauenbeirat, Präventionsrat sowie die Abteilung Jugend und Familie • Finanzierung: bezirkliche Haushaltsmittel; Infoveranstaltungen konnten aus Mitteln des Stadtrates für Jugend und Familie bestritten werden |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Infoveranstaltungen / Infostände • Fortbildungsangebote |
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Abteilung Jugend</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Mehrere Fachtagungen • Informationsveranstaltung zum Auftakt der Kampagne „Gemeinsam gegen Männergewalt“ (auf Initiative und in Kooperation mit dem Präventionsrat) • Informationsveranstaltung/Vorbereitung der Fachtagung „Gegen Männergewalt – zu Hause und anderswo“ (auf Initiative und in Kooperation mit dem Präventionsrat) • Fachtag „Kinder und häusliche Gewalt“ (in Kooperation mit BIG) • Selbstbehauptungskurse für Mädchen/Rollenerweiterung für Jungen • Streitschlichter/innen - Programm |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Abteilung Jugend</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Fortbildungen • Aufnahme des Themas in andere Veranstaltungen und Angebote • Dokumentation Fachtagung im Internet (inkl. Verlinkung zu bestehenden Angeboten) |

| | |
|-----------------------|--|
| | <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines „Handlungsleitfadens“ für den Bezirk • Überarbeitung der Notfallkarte • Veröffentlichung im Themenfeld „Kinder und häusliche Gewalt“ |
| Ansprechpartner/innen | <p>Elke Holzinger / Frauenbeauftragte BA Reinickendorf Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin Tel: 4192 2309 / Fax: 4192 2215</p> <p>Judy Korn / BA Reinickendorf / JugFam 1211.4 Abt. Jugend u. Familie, Jugend- und Familienförderung Eichborndamm 215 - 239, 13437 Berlin Tel: 4192 6046 / Fax: 4192 6070 E - Mail: mediation.rdf@berlin.de</p> <p>Thomas Mücke / Präventionsratkoordinator Bezirksamt Reinickendorf von Berlin c/o Jugendzentrum Prisma Scharnweberstr. 17 - 20, 13405 Berlin Tel. 412 35 42 / 0177/68 45 333 E - Mail: thomas.muecke@berlin.de</p> |

Spandau

| | |
|---|--|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Plakataktion „AKTIV gegen Männergewalt“ • Postkartenaktion „AKTIV gegen Männergewalt“ • schriftliches Infomaterial • Beiträgen in bezirklichen und überbezirklichen Printmedien • Fortbildungen • öffentlichen Veranstaltungen / Infostände / Vortragsreihen • Dokumentation „Gewalt an Frauen und Kindern ...mit uns nicht“ • „Runder Tisch“ (seit 1997, beteiligt sind interessierte Männer und Frauen, Vertreter/innen von Polizei, Justiz sowie Politik), aus dem die Kampagne „AKTIV gegen Männergewalt“ hervorging • Veranstaltung in der Frauen - AG am 25.11.2002: Polizei des Abschnittes 21 informiert über die Anwendung des neuen Gewaltschutzgesetzes • Initiative und Umsetzung: bezirkliche Frauen-Arbeitsgemeinschaft (Zusammenschluss von Frauen aus Institutionen, Projekten und Vereinen) • Spandauer Frauenbeirat (ein unabhängiges und überparteiliches Gremium) • Frauenbeauftragte • „Runder Tisch“ • breiter Unterstützerkreis in der Umsetzung (neben Bezirksbürgermeister und Stadträt/innen auch Vertreter/innen von Polizei und Feuerwehr, Mitarbeiter/innen der Notaufnahme eines Krankenhauses, Vertreter/innen der evangelischen Kirche, der Arbeitskreis Männer des Jugendamtes und die Wasserfreunde Spandau 04) |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Initiativen und Aktivitäten des „Runden Tisches“ |

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Abteilung Jugend und Familie</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Bislang keine ausschließliche Beschäftigung mit dem Thema „Kinder und häusliche Gewalt“ • Aufgreifen des Themas Gewalt allgemein durch die Kinder- und Jugendhilfe in Stadtteilkonferenzen, Kindertagesstätten, im Allgemeinen soz.päd. Dienst etc. • Fortbildungen für Mitarbeiter/innen |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>Anneliese von Weiss / Frauenbeauftragte BA Spandau, Carl - Schurz - Str. 2/6, 13597 Berlin Tel: 3303 3501 / FAX: 3303 7614</p> <p>Frau Loh / Jug 4000 BA Spandau, Abt. Jugend und Familie Tel: 3303 2341 / Fax 3303 2005</p> |

Steglitz - Zehlendorf

| | |
|--|---|
| Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten | <ul style="list-style-type: none">• Verteilung von Flyern / von schriftlichem Informationsmaterial |
| Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten | <ul style="list-style-type: none">• Zusammenarbeit mit Präventionsbeirat / Geschäftsstelle• Aktionen |
| Ansprechpartner/innen | Jutta Arlt, Frauenbeauftragte BA Steglitz - Zehlendorf Tel.: 6321 3354 / Fax: 6321 2670 |

Tempelhof - Schöneberg

| | |
|---|---|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten und des Präventionsrates sowie des Quartiersmanagements</p> | <ul style="list-style-type: none"> • öffentliche Informationsveranstaltungen • Fortbildungen (Mitarbeiter/innen Bürgerdienste) • Schulung Präventionsrat (durch Mitglied des Präventionsrates) • Vortrag bei Frauengruppen / Anwohnerschaft (durch Mitglied des Präventionsrates) • Infostände (zweimal jährlich) • Notfallkarte (aktualisiert) • Organisation und Durchführung einer Tombola (Erlös für zwei im Bezirk tätige Zufluchtswohnungen sowie Frauentreffpunkt) • Beiträge in bezirklichen Printmedien • Thema in Sprachkursen / Muttergruppen diskutiert (durch Mitglied des Präventionsrates) • Initiative: bezirkliche Frauenbeauftragte / Mitglied Präventionsrat • Umsetzung: Zusammenarbeit mit BIG und LARA und weiteren bezirklichen Kooperationspartnern; bei Tombola war auch der Einzelhandel des Bezirkes involviert; Mitglied des Präventionsrates • Finanzierung: bezirkliche Haushaltsmittel / Budget des Frauenbeauftragtenbüros sowie durch unentgeltliche Unterstützungen und Sachspenden |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Frauenbeauftragten und des Präventionsrates sowie des Quartiersmanagements</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Informationsveranstaltungen • Fortbildungen für unterschiedliche Fachgruppen • Infostände • Vorträge für Multiplikatorinnen (durch Mitglied des Präventionsrates) • Gespräche mit Frauengruppen der Bewohnerinnen (durch Mitglied des Präventionsrates) |

| | |
|---|--|
| <p>Aktivitäten / Angaben des Fachteams Kinderschutz und der Jugend- und Familienförderung</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Jugendförderung Tempelhof führt Selbstbehauptungskurse für Mädchen durch; spezielle Aktivitäten zum Themenbereich „häusliche Gewalt“ wurden nicht durchgeführt und sind auch nicht geplant. |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>für das Frauenbüro: Ursula Hasecke, BA Tempelhof - Schöneberg Tel.: 7560 3642 / Fax: 7560 2391 E - Mail: hasecke@ba-temp.verwalt-berlin.de</p> <p>für den Präventionsrat und das Quartiersmanagement Gisela Gut; BA Tempelhof - Schöneberg Tel.: 7560 8042 / Fax: 7560 4764 E - Mail: gut@ba-temp.verwalt-berlin.de</p> <p>für Fachteam Kinderschutz: Herr Schulz, JugFam 1213 BA Tempelhof - Schöneberg, Fachbereich 4 Tel.: 7560 3934 / Fax: 7560 3911</p> <p>für Jugend und Familienförderung: Beatrix Veenhoven, BA Tempelhof - Schöneberg Tel.: 7560 6012 E - Mail: veenhoven@ba-temp.verwalt-berlin.de</p> <p>Angebote für Mädchen / junge Frauen: Frau Hartmann, Beratungsstelle Leben lernen e.V. Gutzkowstr. 7, 10827 Berlin, Tel.: 784 26 87</p> |

Treptow - Köpenick

| | |
|--|--|
| <p>Durchgeführte Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Plakataktion und öffentliche Veranstaltung anlässlich des Internationalen Aktionstages (25.11.) • Flyer zum Aktionstag • Notfallkarte • Beteiligung an Fahnenaktion • Informationsveranstaltung „Frauengesundheit“ • Infostände auf dem Sozialtag Treptow • Fortbildung für Mitarbeiter/innen des Sozial-, des Jugend- und des Gesundheitsamtes • Diskussion des Themas „häusliche Gewalt“ in der Bezirksverordnetenversammlung durch Anfragen zum Gewaltschutzgesetz und zu BIG • Referent der Polizeidirektion 7 steht regelmäßig Frauenzentren zur Verfügung • Initiative: Frauenbeauftragte, der Frauentreff und das Frauenzentrum; an Umsetzung beteiligt: Presse, freie Träger, Polizei • Finanzierung: Haushaltsmittel des Bezirks / Unterstützung durch unentgeltliche Referentinnen |
| <p>Geplante Aktivitäten / Angaben der Gleichstellungsbeauftragten</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Beiträge in verschiedenen Printmedien • Informationsveranstaltungen • Notfallkarte |
| <p>Ansprechpartner/innen</p> | <p>Christiane Hartmann - Kraatz / Gleichstellungsbeauftragte BA Treptow - Köpenick, Alt - Köpenick 21, 12555 Berlin Tel: 6172 2309 / Fax: 6172 2040 E - Mail: christiane.hartmann-kraatz@ba-tk.verwalt-berlin.de</p> |